

Stellungnahme zur „Strategie 2015“ der Städteinitiative Sozialpolitik *aus Sicht der EDK* anlässlich der Herbstkonferenz vom 9. November 2007 im Parktheater Grenchen

Regierungsrat Klaus Fischer

Die Strategie erklärt „Integration“ zum Schlüsselbegriff (S. 5). Und sie stellt fest: „Nach der Familie ist die *Schule* der wichtigste Ort, wo Integration stattfindet und gefördert werden kann.“ (S. 27)

In der Tat: denken wir uns einmal die Volksschule weg und stellen wir uns vor, wie es dann um die soziale Integration in unserer Gesellschaft bestellt wäre - nicht auszudenken! Mit dem Abnehmen anderer gesellschaftlicher Bindkräfte, dem Verschwinden anderer gesellschaftlicher Verantwortungsträger, wie wir es in den vergangenen Jahrzehnten unzweifelhaft erlebt haben, hat diese Integrationsfunktion der obligatorischen Schule noch weiter an Bedeutung zugenommen. Die „Bestellungen“ aus der Gesellschaft an die Schule sind denn auch zahllos, ja beliebig geworden. Elementare Gesundheitserziehung und spezifische Gesundheitsvorsorge; Prävention und Repression gegen Gewalt und gegen Rassismus; Bewegungserziehung und Bewegungsförderung; Umweltbildung und Verkehrserziehung; Sexualerziehung und Geschlechterrollen; Konsumentenerziehung und politische Korrektheit; Mediennutzung und Kleiderordnung - kurz: „Die Schule soll's richten!“, wo offenbar weder die Familie noch andere gesellschaftliche Instanzen mehr über die nötigen Kräfte verfügen. Und nicht vergessen: Lesen, Schreiben und Rechnen sollten die Kinder in der Schule selbstverständlich auch noch lernen, angeblich können sie das alles ja viel schlechter als frühere Generationen vor ihnen... Diese Überfülle von Forderungen macht es heute weder der planenden Bildungspolitik noch den gestaltenden Schulen, geschweige den unterrichtenden Lehrpersonen einfach, vor lauter Bäumen den Wald noch zu sehen.

Die Schule nicht allein lassen: nur integriert kann sie integrieren

Doch darüber jammern hilft nichts. Bildungspolitik und Schulen haben sich auf die Situation einzustellen, wie sie nun einmal ist. Aber eines ist sicher: sie dürfen damit nicht allein gelassen werden. Es hat daher aus Sicht der EDK eine sehr grosse Bedeutung, wenn die Sozialpolitik „Integration“ zum Schlüsselbegriff, mithin: zum gesellschaftlichen Schlüsselvorgang erklärt. Wir können den tatsächlich integrativen, umfassenden Ansatz, den die Strategie selber verfolgt, nur begrüssen. Denn die Schule vermag *ihren* so zentralen Beitrag an die gesellschaftliche Integration nur zu leisten, wenn sie selber als Institution und wenn die in ihr und für sie Tätigen optimal integriert sind; nur eine integrierte Schule kann integrierend wirken - wir sind zwingend angewiesen auf die Unterstützung durch die übrigen Politikbereiche: Sozialpolitik im Allgemeinen und Familienpolitik im Besonderen, Integrationspolitik und Migrationspolitik, Vormundschaftsrecht und Kinderschutz u.a.m.

Nur in dieser Vernetzung wird die Schule auch in Zukunft in der Lage sein, zur gesellschaftlichen Integration so viel beizutragen, wie sie das bislang tut. Die EDK steht mit Überzeugung ein für die obligatorische Schule Schweiz als einer wirklichen *Volksschule*, in der sich alle sozialen Schichten und alle Kulturen begegnen; die nicht ausgrenzt und segregiert, sondern zusammenbringt und integriert; die vermittelt und fördert. Wir wollen die öffentliche Schule stark und leistungsfähig erhalten und sie befähigen, die Kinder und Jugendlichen mit sozioökonomisch schwächerem Hintergrund noch besser zu fördern. Die Strategie der Städteinitiative Sozialpolitik nimmt Bezug auf PISA, um den diesbezüglich dringenden Handlungsbedarf zu belegen (S. 27). Das ist schon richtig - PISA hat unwiderlegbar gezeigt, dass wir trotz all dem grossen und teuren Einsatz, der für vielfältigste Fördermassnahmen geleistet wird, noch nicht Weltmeister sind in der schulischen Chancengerechtigkeit. Aber gerade weil PISA die eminente Bedeutung des Lernumfeldes für den schulischen Erfolg so eindrücklich zeigt, macht es auch so deutlich, dass die Schule auf die Unterstützung aus diesem Umfeld angewiesen ist. So gelingt es der Schule beispielsweise in Mathematik (PISA 2003) sehr viel besser, die Wirkungen des sozioökonomischen Hintergrunds der Schülerinnen und Schüler auf die Lernleistungen auszugleichen als in der Erstsprache (PISA 2000): je exklusiver die Rolle der Schule beim Lehr- und Lernvorgang ist, desto erfolgreicher meistert sie die Integration. Das zeigt zweierlei: sie kann und will viel Integration leisten (und das bedeutet für die Schule in der Schweiz eine überdurchschnittliche Anstrengung, denn kaum irgendwo ist die Heterogenität der Schülerschaft so gross wie in unserem Land); die Schule bleibt aber auf die Unterstützung des sozialen Umfeldes angewiesen - sie *allein* kann soziale Defizite nicht wettmachen. Die EDK hatte denn auch für ihren PISA-Aktionsplan 2002 Partner aus anderen Politikbereichen, insbesondere auch aus der Sozialpolitik zur Mitwirkung eingeladen.

HarmoS-Konkordat und Sonderpädagogik-Konkordat: Integration im Fokus

Das Bekenntnis der Erziehungsdirektorinnen und -direktoren für eine starke öffentliche Schule mit hoher Integrationskraft, die sich den aktuellen gesellschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen stellt, findet seinen Tatbeweis in den beiden Konkordaten, welche die EDK am 14. Juni und am 25. Oktober dieses Jahres verabschiedet hat und die sich jetzt in den Ratifikationsverfahren durch die kantonalen Parlamente befinden: die Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat) und die Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im sonderpädagogischen Bereich (Sonderpädagogik-Konkordat). Hier von besonderem Interesse sind die folgenden Eckwerte, welche mit den beiden Konkordaten landesweit verbindlich werden:

- die obligatorische Einschulung mit dem erfüllten 4. Altersjahr
- die Schaffung einer achtjährigen, durch keine Selektion unterbrochenen Primarstufe
- die flexible Gestaltung der Eingangsstufe: ausgerichtet an der individuellen Reife des Kindes
- ein starker Akzent auf den Erwerb der lokalen Standardsprache während der ersten Jahre nach Einschulung

- ein Unterricht mit Basisstandards für alle, verbunden mit dem Prinzip der individuellen Förderung
- der Grundsatz: Integration vor Separation
- ein einheitliches sonderpädagogisches Grundangebot und ein standardisiertes Abklärungsverfahren für verstärkte sonderpädagogische Massnahmen
- ein Angebot an bedarfsgerechten Tagesstrukturen, freiwillig in der Nutzung und grundsätzlich nicht unentgeltlich.

Diese Eckwerte der künftigen Volksschule, verbunden mit dem Verständnis von geleiteten, arbeitsteiligen Schulbetrieben (inkl. Schulsozialarbeit!), entsprechen in hohem Masse den Zielrichtungen der Strategie 2015 der Städteinitiative Sozialpolitik, wie wir sie verstehen. Wir sind überzeugt, dass die Umsetzung von HarmoS-Konkordat und Sozialpädagogik-Konkordat eine weitere, wesentliche Verbesserung der Integrationsleistungen der Volksschule schaffen wird. Insbesondere teilen wir die Einschätzung, dass die *frühe Förderung* ausschlaggebend ist für späteren Lern- und Integrationserfolg. Die als Folge des HarmoS-Konkordats nun auf sprachregionaler Ebene zu erarbeitenden Lehrpläne werden für die ersten Schuljahre darauf zu fokussieren haben, was für die Förderung der langfristigen Entwicklung der Kinder und ihrer Lernfähigkeit nach heutigem Erkenntnisstand am erfolgversprechendsten ist.

(Nur am Rande sei erwähnt, dass wir in diesen Tagen auch ein Konkordat zur Harmonisierung der Stipendien in die Vernehmlassung geben - würde es zustande kommen, wäre ein weiterer wichtiger Schritt für mehr Chancengerechtigkeit getan.)

Kinderbetreuung: geteilte Verantwortung von Sozial- und Bildungspolitik

Was die familienergänzende Kinderbetreuung betrifft, so eröffnet sich hier ein besonders intensives Feld der Zusammenarbeit zwischen Sozial- und Bildungspolitik. SODK und EDK sind zurzeit daran, Einvernehmen herzustellen über grundlegende ordnungspolitische Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen. Unter „Tagesstrukturen“, deren Angebot das HarmoS-Konkordat für alle Kantone verpflichtend vorsieht, verstehen wir die Gesamtheit an bedarfsgerechten Betreuungsangeboten für Kinder von der Geburt bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit (bzw. im sonderpädagogischen Bereich: bis zum 20. Altersjahr) ausserhalb der Familie. Tagesstrukturen garantieren die Obhut sowie eine dem Alter und Autonomiegrad der Kinder entsprechende Betreuung und Förderung. Die Betreuungsangebote beinhalten sowohl soziale als auch pädagogische Ziele. Dabei unterscheiden wir den Frühbereich (von 0 bis 4 Jahren) von jenem der obligatorischen Schulzeit ab erfülltem 4. Altersjahr (gemäss HarmoS-Konkordat): die *primäre* (wenn auch nicht ausschliessliche) Verantwortung seitens der öffentlichen Hand für die Tagesstrukturen im *Frühbereich* sehen wir bei der *Sozialpolitik*, im Bereich der obligatorischen Schule bei der *Bildungspolitik*. Wobei Vorstand und Plenarversammlung der EDK am vergangenen 25./26. Oktober hieraus noch keine definitiven Schlüsse betreffend federführenden Zuständigkeiten auf kantonaler bzw. interkantonaler Ebene sowie für die Zusammenarbeit mit dem Bund gezogen haben; vorerst soll darüber der Dialog mit der SODK intensiviert werden. Eines jedoch ist klar: welcher Politikbereich auch immer für welche Betreuungsphase die primäre Verantwortung

trägt - er wird nicht ohne die Unterstützung der anderen Bereiche auskommen können und wollen.

Übergang obligatorische Schule > Berufsbildung: allseitiges Commitment erforderlich

Schliesslich teilen wir auch die Einschätzung von der hohen Bedeutung, welche die Strategie der Städteinitiative Sozialpolitik dem Übergang von der obligatorischen Schule zur Berufsbildung der Sekundarstufe II für eine erfolgreiche soziale Integration und im Kampf gegen die Armut beibringt. Mit dem Grossprojekt „Nahtstelle“ hat die EDK diesbezüglich ein umfassendes Programm etabliert, das sich auf Leitlinien stützt, welche wir im Oktober 2006 gemeinsam mit den Sozialpartnern und weiteren involvierten Kräften verabschiedet haben. Das Projekt „Nahtstelle“ hat zum Ziel, dass bis zum Jahr 2015 95% aller jungen Menschen einen Abschluss der Sekundarstufe II aufweisen (heute sind es 90%). Bei den konkreten Massnahmen stehen für uns das sogenannte „Case Management“ und die Förderung der Attestausbildungen im Vordergrund. Für die Vernetzung und Zusammenarbeit, welche die Strategie postuliert, steht hier seit Kurzem auch eine gemeinsame Erklärung von EDK, SODK und VDK zur sozialen Integration der Jugendlichen.

Abschliessend: Was wir brauchen, sind aus Sicht der EDK nicht noch mehr Programme und Projekte oder gar oberflächlichen politischen Aktivismus. Vielmehr werden wir uns in den kommenden Jahren auf eine konsequente und sorgfältige Umsetzung der beschriebenen Konkordate und Programme konzentrieren müssen, damit daraus der grösstmögliche soziale Nutzen entstehen mag. Dabei sind wir allerdings auf eine konkrete und kontinuierliche Zusammenarbeit mit allen einschlägigen Politikbereichen und auf allen staatlichen Ebenen angewiesen. Die Strategie 2015 der Städteinitiative Sozialpolitik ist uns daher hoch willkommen. Gerne sind wir in Zusammenarbeit mit der SODK Partner bei ihrer Konkretisierung. -